

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

hier: Personaletat

- Drucksachen 12/4200, 12/4450 -

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Unterausschusses "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses**

Berichterstatter: Abgeordneter Peter Bensmann, CDU

Beschlußempfehlung

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, den Personaletat entsprechend der Anlage 1 zu beschließen.

Bericht

Durch Beschluß vom 01.09.1999 hat der Landtag den Haushaltsplanentwurf 2000 nach der ersten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Der Unterausschuß "Personal" hat den Personaletat in seinen Sitzungen am 20.10.1999, 28.10.1999, 10.11.1999, 17.11.1999 und 29.11.1999 beraten.

Wie in den Vorjahren hat der Unterausschuß "Personal" auch während der diesjährigen Haushaltsberatungen den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des öffentlichen Dienstes Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen über den Personalhaushalt 2000 zu den Stellenplänen der einzelnen Ressorts vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 20.10.1999 durchgeführt.

Im einzelnen stützte der Unterausschuß "Personal" seine Entscheidung auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 2000 einschließlich der ersten Ergänzungsvorlage, Drucksachen 12/4200, 12/4450), die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen und verschiedene Zuschriften zum Personalhaushalt.

Die personalrelevanten Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse und die Anträge der Fraktionen sind gleichfalls in die als Anlage beigefügte Beschlußvorlage eingearbeitet.

In der Gesamtabstimmung wurde der Personalhaushalt unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Peter Bensmann
Vorsitzender

Anlage:
Beschlußvorlage

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
Allg./01		Das Finanzministerium wird gebeten, bis zum Ende der Legislaturperiode zu berichten, welche Bereiche der Landesverwaltung abschließend organisations- untersucht sind.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
HG/01		Das Finanzministerium wird gebeten, nach den Haushaltsberatungen 2000 über die Zahlen der bisher vorgelegten Anträge auf Genehmigung von Altersteilzeit in den einzelnen Ressorts sowie über die Zahlen der abgelehnten Anträge und die Begründung der Ablehnung zu berichten.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
HG/02	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	a) Der Gesetzentwurf wird um folgenden Artikel III ergänzt: "Artikel III Gesetz zur Überleitung von Beamtinnen und Beamten des mittleren in den gehobenen Dienst der Steuerverwaltung (1) Mit Wirkung vom Ersten des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats sind die Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, die als Angehörige der Funktionsgruppe 23 in den Finanzämtern Krefeld, Düsseldorf-Süd, Düsseldorf-Mitte, Essen-Ost, Essen-Süd, Moers, Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Mettmann, Neuss II, Wuppertal-Elberfeld, Hilden, Viersen, Kleve, Detmold, Siegen, Paderborn, Bielefeld-Außenstadt, Dortmund-Unna, Recklinghausen, Wiedenbrück, Hamm, Minden, Steinfurt, Hagen, Siegburg, St. Augustin, Aachen-Kreis, Bergisch-Gladbach, Leverkusen, Brühl, Bergheim, Köln-Nord, Aachen-Innenstadt, Köln-Süd oder Köln-West sachbearbeitend in den Geschäftsstellen tätig sind, zu Steueroberinspektoren/Steueroberinspektoren (Bes.Gr. A 10) übergeleitet und in eine entsprechende Planstelle eingewiesen, sofern sie	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch HG/02		zu diesem Zeitpunkt das 45. Lebensjahr vollendet haben und mindestens ein Jahr in eine Planstelle der Bes. Gr. A 9 mit Amtszulage eingewiesen sind. (2) Die Mitteilung über die Einweisung in die Planstelle steht der Aushändigung der Ernennungsurkunde nach § 8 Abs. 2 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LBG) gleich. (3) Dauert bei den in Abs. 1 genannten Beamtinnen und Beamten eine Gehaltskürzung nach § 9 der Disziplinarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über den Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes an oder befinden sie sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch in der Beförderungssperre nach § 10 Abs. 2 der Disziplinarordnung, wird die Überleitung bis zum Ablauf der Beförderungssperre hinausgeschoben. (4) Den nach diesem Gesetz übergeleiteten Beamtinnen und Beamten kann ohne Erfüllung der jeweiligen laufbahnrechtlichen Voraussetzungen künftig kein höheres Amt übertragen werden."	

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch HG/02		Begründung: Die Mitarbeiter in den Geschäftsstellen der großen Finanzämter, die sachbearbeitend tätig sind, sollen nach Bes.Gr. A 10 übergeleitet werden. b) Artikel "III" wird Artikel "IV" Begründung: Folgeänderung aus der Einfügung des Artikels "III" unter Buchstabe a.	
		Gesamtabstimmung über das Haushaltsgesetz:	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 01:	einstimmig angenommen
			SPD ja
			CDU ja
			GRÜNE ja

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
02/01		Die Staatskanzlei wird gebeten, im April 2000 über die Umsetzungsunter-suchung in der Staatskanzlei zu berichten.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja
02/02	CDU und CDU/FA	<u>Kapitel 02 061 - Kulturwissenschaftliches Institut</u> Reduzierung des Gesamtansatzes von 5 059 100 DM um 540 000 DM auf 4 519 100 DM <u>Begründung:</u> In Anbetracht der finanziellen Situation des Landes Nordrhein-Westfalen ist eine Personalkostenerhöhung bei Beamten und Ange-stellten von über 500 000 DM nicht zu vertreten. Der Gesamtansatz ist daher zu reduzieren. <u>Votum des Fachausschusses:</u> SPD Nein CDU Ja Grüne Nein	abgelehnt SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 02:	angenommen
			SPD ja
			CDU nein
			GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
03/01	CDU	Kapitel 03 010 - Ministerium Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) Zugang von 1 Leerstelle der Bes.Gr. A 16 BBesO Begründung: Die Leerstelle wird für die Übernahme einer bei der CDU-Landtagsfraktion beschäftigten Bundesministerialbeamtin in den Landesdienst benötigt.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
03/02		<u>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</u> Personalausgaben Haushaltsvermerke Der vierte Haushaltsvermerk erhält folgende Fassung: "2 (2) Stellen für Verwaltungsbeamte des gehobenen Dienstes, 3 (3) Stellen für Verwaltungsbeamte des mittleren Dienstes, 15 (95) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des mittleren Dienstes, 5 (5) Stellen der Vergütungsgruppe V c BAT und 6 (6) Stellen der Vergütungsgruppe VII/VIII BAT sind kw ab 01.01.2002 - Org.Unters. 1998 -;" <u>Begründung:</u> Nachdem durch die Ergänzungsvorlage 80 Stellen für Polizeivollzugsbeamte vorzeitig abgebaut werden, sind auch die dazugehörigen kw-Vermerke zu streichen. Da die Ergänzungsvorlage noch keine Korrektur bei den kw-Vermerken enthält, wird in Abstimmung mit dem Innenministerium eine Anpassung durch die Beschlußvorlage des Gutachterdienstes vorgenommen. Die Zahl "95" wird daher durch die Zahl "15" ersetzt.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
03/03		Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen Personalausgaben Haushaltsvermerke In dem elften Haushaltsvermerk wird die Zahl "118" durch die Zahl "188" ersetzt. Begründung: Es handelt sich um einen Schreibfehler. Da sich der Haushaltsvermerk im Dispositiv befindet, liegt eine materielle Änderung vor, über die ein Beschluß gefaßt werden muß.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß												
03/04	CDU	Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter Erhöhung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>2 906 391 400 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>8 200 000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>2 914 591 400 DM</td></tr></table> Die Landesregierung wird um Formulierungshilfe gebeten. Begründung: Mit der Erhöhung des Ansatzes soll sichergestellt werden, daß die Beförderungsmöglichkeiten in der 1. Säule voll ausgeschöpft werden, gleichzeitig aber vermieden wird, daß dabei leistungsschädliche Ungleichbehandlungen von Beamten in der 2. Säule entstehen. Der vorgesehene Betrag ist aus den freigewordenen Mitteln der Leistungsprämien zu ziehen. Der Restbetrag wird für die Neueinstellungen verwendet.	von	2 906 391 400 DM	um	8 200 000 DM	auf	2 914 591 400 DM	abgelehnt <table><tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr><tr><td>CDU</td><td>ja</td></tr><tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr></table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein
von	2 906 391 400 DM														
um	8 200 000 DM														
auf	2 914 591 400 DM														
SPD	nein														
CDU	ja														
GRÜNE	nein														

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
03/05	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NRW Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) Zugang von 450 Planstellen der Bes.Gr. A 11 BBesO Abgang von 104 Planstellen der Bes.Gr. A 10 BBesO 346 Planstellen der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO Erhöhung des Ansatzes von 2 906 391 400 DM um 3 634 000 DM auf 2 910 024 400 DM	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 03/05	Begründung: Die Planstellen der Zweiten Säule (ZS) reichen nicht aus, alle Beamten mit Fachhochschulausbildung auf Planstellen dieser Säule zu führen. Der "Überhang" wird bis Ende 2000 auf ca. 2 100 Polizeivollzugsbeamte anwachsen. Sie werden bisher auf Stellen der Ersten Säule (ES) geführt. Stellen der ES dürfen nach § 3 a LBesG nur bis nach A 11 geschlüsselt werden, und zwar zu 10 % in A 11 und zu 37,5 % in A 10; 52,5 % verbleiben in A 9 g.D.. Der Normalschlüssel nach der VO zu § 26 BBesG für den g.D. der Polizei reicht bis A 13 g.D., und zwar zu 10 % in A 13 g.D., zu 20 % in A 12, zu 30 % in A 11 und zu 40 % in A 9 g.D./A 10 (A 9 g.D. = 14 %, A 10 = 26 %). Die Beförderung von Beamten des g.D. kann aber nicht davon abhängig gemacht werden, in welcher Säule sie auf Stellen geführt werden. Sie richtet sich nach Eignung, Leistung und Befähigung. Daraus ergibt sich, daß alle FHS-Absolventen der Besoldungsgruppe A 9 g.D. um alle Beförderungsmöglichkeiten nach A 10 konkurrieren, alle FHS-Absolventen in A 10 um Beförderungsmöglichkeiten nach A 11 usw., mit der Folge, daß für alle FHS-Absolventen der Polizei die Beförderungschancen geringer sind als bei Anwendung des Normalschlüssels. Diese Situation kann abgemildert werden, indem 900 Stellen A 9	

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 03/05		geschlüsselt werden. Die Stellen der ES werden entsprechend § 3 a LBesG zurückgeschlüsselt. Die volle Schlüsselung der Planstellen der ZS bis A 13 g.D. würde allerdings dazu führen, daß 270 Stellen in A 12 und A 13 g.D. ausgebracht werden. Dafür fehlen aber in der Polizei die entsprechenden zusätzlichen Führungsfunktionen. Deshalb sollten diese 900 Stellen nur bis einschließlich A 11 ausgebracht werden. In der zahlenmäßigen Größenordnung des "Verzichts" auf die Ausbringung von A 12 und A 13 g.D.-Stellen kann die Zahl der Beförderungstellen in A 11 über den Normalschlüssel hinaus angehoben werden. Die Bereinigung der 900 mit Polizeivollzugsbeamten der ZS besetzten Planstellen der ES führt zu Mehrkosten in Höhe von rd. 3,6 Mio. DM, wenn 40 % der übergeführten Stellen in A 9 g.D./A 10 (A 9 g.D. = 14 %, A 10 = 26 %) und 60 % in A 11 ausgebracht werden. Im Haushaltsjahr 2000 wird zur Gegenfinanzierung bei Kapitel 03 110 eine Globale Minderausgabe in der Hauptgruppe 4 bereitgestellt, aus der die benötigten rd. 3,6 Mio. DM erbracht werden (Einrichtung eines Titel 462 10 "Globale Minderausgabe" mit einem Ansatz in Höhe von 3 634 000 DM). Die Zahl der Planstellen der ZS insgesamt wird um diesen Zugang von 900 Planstellen angehoben, wodurch der Haushalt der Polizei auch in den Folgejahren dauerhaft belastet ist. Deshalb soll die	

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 03/05		Folgefinanzierung der im Haushaltsjahr 2000 umgeschichteten Planstellen g.D. in den nachfolgenden Haushaltsjahren durch Stellenumwandlungen, d.h. Herabsetzung der Wertigkeiten bei Besoldungsgruppe A 13 g.D. und A 12 nach A 11 auch dauerhaft gesichert werden. Um allerdings auch in den Folgejahren angemessene Beförderungsmöglichkeiten nach A 12/A 13 g.D. bereitstellen zu können, sollen diese Stellenumwandlungen bis zum Jahr 2004 zeitlich gestreckt erfolgen. Die Umwandlung der Stellen ist in den Haushaltsvermerken zu den Personalausgaben des Kapitels 03 110 dargestellt (siehe gesonderter Änderungsantrag). Soweit die zeitliche Streckung es erforderlich macht, wäre in den Folgejahren für die Restdeckung ebenfalls eine Globale Minderausgabe im Bereich der Personalausgaben der Polizei auszubringen.	

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
03/06	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) Personalausgaben Haushaltsvermerke Der dritte Haushaltsvermerk enthält folgende Fassung: 45 (-) Stellen der Bes.Gr. A 13 g.D. für Polizeivollzugsbeamte sind ku nach Bes.Gr. A 11, 50 (-) Stellen der Bes.Gr. A 12 für Polizeivollzugsbeamte sind ku nach Bes.Gr. A 11, 15 (15) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des gehobenen Dienstes sind ku nach Verg.Gr. IV a BAT, 2 (2) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des gehobenen Dienstes sind ku nach Verg.Gr. V c BAT, 10 (10) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des mittleren Dienstes sind ku in Stellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes, 6 (6) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des mittleren Dienstes sind ku nach Verg.Gr. IV a BAT, 159 (159) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des mittleren Dienstes sind ku nach Verg.Gr. V c BAT ab 01.01.2001 - Org.Unters.1998;	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 03/06		Der fünfte Haushaltsvermerk erhält folgende Fassung: 95 (-) Stellen der Bes.Gr. A 13 g.D. für Polizeivollzugsbe- amte sind ku nach Bes.Gr. A 11, 50 (-) Stellen der Bes.Gr. A 12 für Polizeivollzugsbeamte sind ku nach Bes.Gr. A 11. 4 (4) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des gehobenen Dien- stes sind ku nach Verg.Gr. II a BAT, 20 (20) Stellen für Po- lizeivollzugsbeamte des gehobenen Dienstes sind ku nach Verg.Gr. IV a BAT, 10 (10) Stellen für Polizeivollzugsbe- amte des mittleren Dienstes sind ku in Stellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes, 3 (3) Stellen für Polizeivollzugsbe- amte des mittleren Dienstes sind ku nach Verg.Gr. IV a BAT, 111 (111) Stellen für Polizei-	

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 03/06		vollzugsbeamte des mittleren Dienstes sind ku nach Verg.Gr. Vc BAT ab 01.01.2002 - Org.Unters. 1998; Der siebente Haushaltsvermerk erhält folgende Fassung: 80 (-) Stellen der Bes.Gr. A 13 g.D. für Polizeivollzugsbeamte sind ku nach Bes.Gr. A 11, 40 (-) Stellen der Bes.Gr. A 12 für Polizeivollzugsbeamte sind ku nach Bes.Gr. A 11, 4 (4) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des gehobenen Dienstes sind ku nach Verg.Gr. IIa BAT, 15 (15) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des gehobenen Dienstes sind ku nach Verg.Gr. IVa BAT, 8 (8) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des mittleren Dienstes sind ku in Stellen für Polizeivollzugsbeamte des gehobenen Dienstes, 1 (1) Stelle für Polizeivollzugsbeamte des mittleren Dienstes sind ku nach Verg.Gr. IVa BAT und 123 (123) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des mittleren Dienstes sind ku nach Verg.Gr. Vc BAT ab 01.01.2003 - Org.Unters. 1998;	

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 03/06		Der neunte Haushaltsvermerk erhält folgende Fassung: 30 (-) Stellen der Bes.Gr. A 13 g.D. für Polizeivollzugsbe- amte sind ku nach Bes.Gr. A 11, 20 (-) Stellen der Bes.Gr. A 12 für Polizeivollzugsbeamte sind ku nach Bes.Gr. A 11, 18 (18) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des gehobenen Dienstes sind ku nach Verg.Gr. IVa BAT und 114 (114) Stellen für Polizeivollzugsbeamte des mittleren Dienstes sind ku nach Verg.Gr. Vc BAT ab 01.01.2004 - Org. Unters. 1998; Begründung: Folgefianzierung der im Haushaltsjahr 2000 in die zweite Säule umgeschichteten Planstellen g.D. ab 2001 - vgl. Absatz 7 der Be- gründung zum Antrag Nr. 03/05. Hinweis: Der finanzielle Ausgleich für die 450 Stellenhebungen erfolgt durch 410 - zeitlich hinausgeschobene - Rückstufungen. Wenn alle Rück- stufungen erfolgt sind, ist die Maßnahme insgesamt kostenneutral.	

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß												
03/07	CDU	<u>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</u> Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge) Erhöhung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>52 771 900 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>6 000 000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>58 771 900 DM</td></tr></table> Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen für Kommissar-Anwärter und -Anwärterinnen der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO <table><tr><td>von</td><td>300</td></tr><tr><td>um</td><td>1 099</td></tr><tr><td>auf</td><td>1 399</td></tr></table> Begründung: Nach wie vor ist das Polizeidichteverhältnis in Nordrhein-Westfalen unzureichend. Zum Ausgleich ist Hand in Hand mit weiteren Aufgabenumstrukturierungen eine Aufstockung des Stellenplans erforderlich.	von	52 771 900 DM	um	6 000 000 DM	auf	58 771 900 DM	von	300	um	1 099	auf	1 399	abgelehnt SPD nein CDU ja GRÜNE nein
von	52 771 900 DM														
um	6 000 000 DM														
auf	58 771 900 DM														
von	300														
um	1 099														
auf	1 399														

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
03/08	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen Titel 462 10 - neu - Globale Minderausgabe Ausweisung eines neuen Titels Titel 462 10 - Globale Minderausgabe Ansatz - 3 634 000 DM Begründung: Mit dieser Ansatzerhöhung soll im Wege der Globalen Minderausgabe die Strukturverbesserung in der Polizei im Haushaltsjahr 2000 finanziert werden (vgl. auch Antrag 03/05).	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
03/09	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/FA	Kapitel 03 630 - Landesbeauftragte für den Datenschutz Titel 427 10 -neu - Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Ausweisung eines neuen Titels Titel 427 10 - Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Ansatz 350.000 DM Begründung: Die Landesbeauftragte für den Datenschutz benötigt aufgrund der rasanten Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und den sich daraus ergebenden immer schwieriger werdenden datenschutzrechtlichen Fragen, Aus- hilfskräfte. Votum des Fachausschusses: angenommen SPD Ja CDU Nein GRÜNE Ja	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
03/10	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/FA	<u>Kapitel 03 750 - Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen Münster</u> Der Haushaltsvermerk zu den Personalausgaben wird wie folgt ergänzt (Ergänzung unterstrichen): Personalausgaben: "7 (7) Stellen des gehobenen Dienstes sind unter dem Vorbehalt der Ergebnisse einer späteren Organisationsuntersuchung kw ab 01.01.2001." Begründung: Das Ergebnis der in Auftrag gegebenen Organisationsuntersuchung wird erst im Laufe des Haushaltsjahres 2000 zu erwarten sein. Die Ergänzung stellt klar, dass derzeit freie Stellen für eine Übergangszeit bis zum 31.12.2000 wiederbesetzt werden können und etwaige kw-Vermerke erst ab 2001 zu realisieren sind. <u>Votum des Fachausschusses:</u> SPD Ja CDU Ja GRÜNE Ja einstimmig angenommen	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 03:	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
04/01		Das Justizministerium wird gebeten, im Februar 2000 über den Stand der einzelnen IT-Verfahren und deren Auswirkungen auf den Personalhaushalt zu berichten.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß						
04/02	CDU und CDU/FA	<u>Kapitel 04 210 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</u> Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) Erhöhung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>1 218 830 100 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>200 000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>1 219 030 100 DM</td></tr></table> 1. Zugang von 9 Planstellen der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO Abgang von 9 Planstellen der Bes.Gr. A 13 g.D. BBesO 2. Zugang von 12 Planstellen der Bes.Gr. A 13 g.D. BBesO Abgang von 12 Planstellen der Bes.Gr. A 12 BBesO	von	1 218 830 100 DM	um	200 000 DM	auf	1 219 030 100 DM	abgelehnt SPD nein CDU ja GRÜNE nein
von	1 218 830 100 DM								
um	200 000 DM								
auf	1 219 030 100 DM								

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 04/02		3. Zugang von 34 Planstellen der Bes.Gr. A 12 BBesO Abgang von 34 Planstellen der Bes.Gr. A 11 BBesO Begründung: zu 1. Die Änderung des Stellenplans soll Beförderungsmöglichkeiten für die Rechtspfleger eröffnen, die in der Position der Geschäftsleiter von Justizbehörden, Amtsgerichten etc. und als Bezirksrevisoren tätig sind. zu 2. und 3. In einem ersten Schritt sind bereits im Haushaltsplanentwurf entsprechende Überleitungen für Rechtspfleger nach Abschluß ihrer Tätigkeit in den neuen Ländern vorgesehen. Im Vorgriff auf weiter vorgesehene Überleitungen für das Haushaltsjahr 2001 sollen bereits jetzt diese Überleitungen vollzogen werden. Die Erhöhung des Titelsatzes wird aus den Mitteln der Leistungsprämie gedeckt.	

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 04/02		Votum des Fachausschusses: Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt. Über den Antrag wurde weder beraten noch abgestimmt. Die Beratung und Abstimmung soll im Unterausschuß "Personal" erfolgen.	
04/03	CDU und CDU/FA	Kapitel 04 210 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge) Erhöhung des Ansatzes von 179 433 000 DM um 650 000 DM auf 180 083 000 DM	abgelehnt SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 04/03		Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen für Rechtspflegeranwärter/Rechtspflegeranwärterinnen der Bes. Gr. A 9 g.D. BBesO von 21 um 24 auf 45 Begründung: Die Zahl der Einstellungsermächtigungen für Rechtspflegeranwärter/Rechtspflegeranwärterinnen wird bedarfsgerecht angepaßt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich aufgrund der deutlichen Einstellungsreduzierung im Haushaltsjahr 1999 und nachdem bereits im Haushaltsjahr 1998 die Einstellungsermächtigungen nicht ausgeschöpft wurden, dieser jetzt angesetzte Mehrbedarf aufgebaut hat. Votum des Fachausschusses: Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt. Über den Antrag wurde weder beraten noch abgestimmt. Die Beratung und Abstimmung soll im Unterausschuß "Personal" erfolgen.	

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
04/04	CDU und CDU/FA	Kapitel 04 410 - Justizvollzugseinrichtungen Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) Erhöhung des Ansatzes von um auf 444 700 000 DM 1 200 000 DM 445 900 000 DM 1. Zugang von 30 Planstellen der Bes.Gr. A 10 BBesO Abgang von 30 Planstellen der Bes.Gr. A 9 m.D. mit Zulage BBesO 2. Zugang von 18 Planstellen der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO Abgang von 12 Planstellen der Bes.Gr. A 12 BBesO 6 Planstellen der Bes.Gr. A 11 BBesO	abgelehnt SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 04/04		3. Zugang von 100 Planstellen der Bes.Gr. A 9 m.D. BBesO 200 Planstellen der Bes.Gr. A 8 BBesO Abgang von 300 Planstellen der Bes. Gr. A 7 BBesO Begründung: Die Aufstockung des Titels erwirtschaftet sich aus der Verwendung der bislang für die Leistungsprämie vorgesehenen Mittel für den Justizvollzugsdienst. Auch im Bereich des Justizvollzugsdienstes sollen die Mittel für dringend erforderliche strukturelle Verbesserungen eingesetzt werden.	

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 04/04		zu 1. Durch die entsprechende Änderung des Stellenplans wird in einem zweiten Schritt - der erste Schritt wurde auf der Grundlage des Haushaltsgesetzes 1997 vollzogen - eine angemessene Besoldung gewährleistet, die mit Blick auf ihre Tätigkeit zwingend ist. zu 2. Durch die Änderung wird den stellvertretenden Anstaltsleitern ebenfalls in einem zweiten Schritt im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst, deren Dienstvorsetzte entweder in Besoldungsgruppe A 15 oder A 16 besoldet werden, eine angemessene Besoldung gewährleistet, die mit Blick auf ihre Tätigkeit zwingend ist. zu 3. Mit Blick auf die ausgesprochen schlechte Beförderungsstruktur im Bereich Strafvollzugsdienst kann erwartet werden, dass das Land dem Beispiel bereits fünf anderer Länder folgt und eine Rechtsverordnung basierend auf Art. 18 Versorgungsreformgesetz zur Änderung der Stellenobergrenzen abweichend von § 26 Bundesbesoldungsgesetz erlassen wird, noch mit Wirkung für das Jahr 2000. Demnach sollen in einem ersten Schritt zusätzliche Stellen für den Justizvollzugshauptsekretär geschaffen werden und analog für den Hauptwerksmeister sowie Justizvollzugsamtsinspektor bzw. Betriebsinspektor.	

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 04/04		Hinweis zu 1 und 2: Dieser Antrag stellt nur die haushaltsmäßigen Auswirkungen der Überleitungen dar. Für die personalwirtschaftliche Umsetzung wäre ein Überleitungsgesetz erforderlich. <u>Votum des Fachausschusses:</u> Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt. Über den Antrag wurde weder beraten noch abgestimmt. Die Beratung und Abstimmung soll im Unterausschuß "Personal" erfolgen.	

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
04/05	CDU und CDU/FA	Kapitel 04 410 - Justizvollzugseinrichtungen Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge) Erhöhung des Ansatzes von 21 109 000 DM um 585 000 DM auf 21 694 000 DM Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen für Justizvollzugsoberssekretärinnen der Bes. Gr. A 7 BBesO von 170 um 30 auf 200	abgelehnt SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 04/05		Begründung: Die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen ist angesichts des nach wie vor gegebenen eklatanten Personalbedarfs im Strafvollzugsdienst unumgänglich. Votum des Fachausschusses: Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt. Über den Antrag wurde weder beraten noch abgestimmt. Die Beratung und Abstimmung soll im Unterausschuß "Personal" erfolgen.	
		Gesamtabstimmung des Einzelplans 04:	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
05/01		Das Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung wird gebeten, im März 2000 über die Umsetzung der Organisationsuntersuchung in der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (Kapitel 05 071) zu berichten.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja
05/02		Das Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung wird gebeten, im März 2000 über die Umsetzung der Untersuchung der Deutschen Zentralbibliothek für Medizin (Kapitel 05 072) und der Deutschen Zentralbibliothek für Landbauwissenschaften (Kapitel 05 073) zu berichten.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja
05/03		Das Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung wird gebeten, dem Ausschuß im März 2000 den Stand der Überlegungen für Veränderungen zu Organisationsstrukturen in den medizinischen Einrichtungen der Hochschulen darzulegen.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
05/04	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/FA	<u>Kapitel 05 100 - Hochschulen allgemein</u> Titelgruppe 63 - Maßnahmen zur Förderung der Frauen im Hochschulbereich Titel 429 63 - Personalausgaben Erhöhung des Ansatzes von 880 000 DM um 120 000 DM auf 1 000 000 DM Hinweis: Der Antrag im Fachausschuß enthielt auch diesen nicht personalrelevanten Teil: Titel 547 63 - Sächliche Verwaltungsausgaben Erhöhung des Ansatzes von 731 000 DM um 270 000 DM auf 1 001 000 DM	einstimmig angenommen SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß						
noch 05/04		<u>Begründung:</u> Eine Erhöhung der für Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Hochschulbereich zur Verfügung stehenden Mittel ist erforderlich, damit die Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen ihre durch das neue LGG erweiterten Aufgaben und Kompetenzen wahrnehmen können. <u>Votum des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung:</u> einstimmig angenommen <table><tr><td>SPD</td><td>Ja</td></tr><tr><td>CDU</td><td>Stimmenthaltung</td></tr><tr><td>Grüne</td><td>Ja</td></tr></table> <u>Votum des Ausschusses für Frauenpolitik:</u> Der Antrag wurde zur Kenntnis genommen, es fand keine Abstimmung statt.	SPD	Ja	CDU	Stimmenthaltung	Grüne	Ja	
SPD	Ja								
CDU	Stimmenthaltung								
Grüne	Ja								

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
05/05	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/FA	<u>Kapitel 05 100 -Hochschulen allgemein</u> Titelgruppe 97 - neu - Netzwerk Frauenforschung, Vernetzungsstelle Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. Ausweisung neuer Titel Titel 425 97 - Bezüge der Angestellten Ansatz: 110 000 DM Titel 429 97 - Sonstige Personalausgaben Ansatz: 10 000 DM	einstimmig angenommen SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 05/05		Hinweis: Der Antrag im Fachausschuß enthielt auch diesen nicht personalrelevanten Teil: Titel 547 97 - Sächliche Verwaltungsausgaben Erhöhung des Ansatzes von 0 DM um 30 000 DM auf 30 000 DM Erläuterungen Veranschlagt sind die Mittel für die Arbeit der Vernetzungsstelle des Netzwerks Frauenforschung NRW, die derzeit an der Universität Dortmund angesiedelt ist. Begründung: Das Netzwerk Frauenforschung ist ein integraler Bestandteil der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft. Für die effektive Arbeit und Weiterentwicklung ist dabei eine Stelle unverzichtbar, die die vorhandenen 44 Frauenforschungsprofessuren miteinander vernetzt. Die Schaffung dieses neuen Titels sichert die Finanzierung dieser Vernetzungsstelle nach dem Auslaufen der bisherigen Finanzierung aus Mitteln des HSP III zum 31.12.1999 (Anschlußfinanzierung).	

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 05/05		<u>Votum des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung:</u> einstimmig angenommen SPD Ja CDU Stimmenthaltung Grüne Ja <u>Votum des Ausschusses für Frauenpolitik:</u> Der Antrag wurde zur Kenntnis genommen, es fand keine Abstimmung statt.	

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß																	
05/06	CDU und CDU/FA	<u>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam</u> verschiedene Schulkapitel Von den im Kapitel 05 300 (Schulen gemeinsam) zentral veranschlagten 6 Stellen und die in den einzelnen Schulformkapiteln (Kapitel 05 310 bis 05 410) veranschlagten 994 Stellen, insgesamt also 1.000 Stellen (Zeitbudget für besondere Aufgaben/Rückgabe in das System) werden 500 Stellen zur Sicherung der fachspezifischen Unterrichtsversorgung an den Schulen Nordrhein-Westfalens eingesetzt. <u>Begründung:</u> Unterrichtsgarantie trotz steigender Schülerzahlen. <u>Votum des Fachausschusses:</u> <table><tr><td>SPD</td><td>Nein</td><td>abgelehnt</td></tr><tr><td>CDU</td><td>Ja</td><td></td></tr><tr><td>Grüne</td><td>Nein</td><td></td></tr></table>	SPD	Nein	abgelehnt	CDU	Ja		Grüne	Nein		<table><tr><td>abgelehnt</td><td>nein</td></tr><tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr><tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr><tr><td>GRÜNE</td><td></td></tr></table>	abgelehnt	nein	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	
SPD	Nein	abgelehnt																		
CDU	Ja																			
Grüne	Nein																			
abgelehnt	nein																			
SPD	ja																			
CDU	nein																			
GRÜNE																				

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
05/07	CDU und CDU/FA	<u>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam</u> Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten Zugang von 2000 Stellen, kw zum 01.08.2001 Erhöhung des Ansatzes von 105 670 000 DM um 80 000 000 DM auf 185 670 000 DM Die aufgeführten 1.001 Angestelltenstellen mit kw-Vermerk, die nach Ablauf des Schuljahres eine Dauerbeschäftigung im Rahmen des durch Ausscheiden von Lehrkräften entstehenden Ersatzbedarfs erhalten, werden um 2.000 auf 3.001 aufgestockt. Der Ansatz wird um 80 Mio. DM auf 185.670.000 DM erhöht.	abgelehnt SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Begründung:	Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 05/07		Mehrbedarf wegen Unterrichtsausfalls. <u>Votum des Fachausschusses:</u> abgelehnt SPD Nein CDU Ja Grüne Nein	
05/08	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/FA und SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<u>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam</u> <u>Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten ("Vorgriffsstellen")</u> Zugang von 682 Stellen der Verg.Gr. IIa BAT, kw 01.08.2006 318 Stellen der Verg.Gr. III BAT, kw 01.08.2006 Erhöhung des Ansatzes von 105 670 000 DM um 92 300 000 DM auf 197 970 000 DM	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 05/08		Änderung der Erläuterungen Die Erläuterungen zu Titel 425 10 werden wie folgt geändert bzw. ergänzt: 1. Gesamtbezüge 2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen Zusammen: 135 500 000 DM 62 470 000 DM 197 970 000 DM Veranschlagt für 2 001 Stellen, davon wurden 66 Stellen im Nachtragshaushalt 1999 neu eingerichtet. 2 000 (1 000) Stellen sind veranschlagt für befristete Einstellungen, davon bis zu 6 (267) Stellen für Lehrer/Lehrerinnen, die Aufgaben an Schulen mit besonderen Problemen und Belastungen und/oder Aufgaben der inneren Schulentwicklung wahrnehmen (Zeitbudget). Zugang von 1 000 Stellen zur Vermeidung von Engpässen und zur Deckung fächer- und fachrichtungsspezifischen Bedarfs, in der Regel für die Sekundarstufen I und II.	

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuß						
noch 05/08		Die bisher ausgebrachten kw-Vermerke werden wie folgt <u>verlängert</u>: 682 Stellen der Verg.Gr. IIa BAT kw 01.08.2006 (bisher kw 01.08.2001) 318 Stellen der Verg.Gr. III BAT kw 01.08.2006 (bisher kw 01.08.2001) <u>Votum des Fachausschusses:</u> einstimmig angenommen <table><tr><td>SPD</td><td>Ja</td></tr><tr><td>CDU</td><td>Ja</td></tr><tr><td>Grüne</td><td>Ja</td></tr></table> Hinweis: <i>Der Fachausschuß hat pauschal die Aufstockung um 1000 Stellen - kw 31.07.2006 - beschlossen. Die Befristung der bestehenden kw-Vermerke sollte vom 01.08.2001 auf den 31.07.2006 verlängert werden.</i> <i>Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragen im Unterausschuß "Personal" mit dem o. g. modifizierten Antrag die Verteilung der zusätzlichen Stellen auf die Verg.Gr. II a und III BAT sowie die Verlängerung der kw-Vermerke auf den 01.08.2006.</i>	SPD	Ja	CDU	Ja	Grüne	Ja
SPD	Ja							
CDU	Ja							
Grüne	Ja							

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß															
05/09	CDU und CDU/FA	<u>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam</u> <u>Neuer Titel zur Schaffung einer Stellenreserve</u> Ausweisung eines neuen Titels mit einem Ansatz von 162 000 000 DM Zur Schaffung einer Stellenreserve (3 % der 138.400 Lehrerstellen = 4.152 Lehrer) ab dem Schuljahr 2000/2001 werden zusätzlich 162 Mio. DM ausgebracht. <u>Begründung:</u> Das Instrument "Geld statt Stellen" hat die Stellenreserve nicht ersetzen können. Zur Garantie des Unterrichts ist die Wiedereinrichtung einer Stellenreserve unumgänglich. <u>Votum des Fachausschusses:</u> <table><tr><td>SPD</td><td>Nein</td><td rowspan="3">abgelehnt</td></tr><tr><td>CDU</td><td>Ja</td></tr><tr><td>Grüne</td><td>Nein</td></tr></table>	SPD	Nein	abgelehnt	CDU	Ja	Grüne	Nein	<table><tr><td>abgelehnt</td><td></td></tr><tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr><tr><td>CDU</td><td>ja</td></tr><tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr></table>	abgelehnt		SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein
SPD	Nein	abgelehnt																
CDU	Ja																	
Grüne	Nein																	
abgelehnt																		
SPD	nein																	
CDU	ja																	
GRÜNE	nein																	

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß						
05/10	CDU und CDU/FA	<u>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam</u> <u>Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen</u> Reduzierung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>260 000 000 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>100 000 000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>160 000 000 DM</td></tr></table> <u>Begründung:</u> Die neu eingerichtete Stellenreserve ab dem Schuljahr 2000/2001 ersetzt das Programm "Geld statt Stellen", das ab dem Schuljahr 2000/2001 gestrichen wird. Das zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehende Geld aus dem Programm "Geld statt Stellen" von 100 Mio. DM (für das gesamte Haushaltsjahr 2000 beträgt die Summe 200 Mio. DM) wird der Stellenreserve zur Verfügung gestellt. <u>Votum des Fachausschusses:</u> Die CDU hat den Antrag im Fachausschuß zurückgezogen.	von	260 000 000 DM	um	100 000 000 DM	auf	160 000 000 DM	Die CDU hat den Antrag in der Sitzung des Unterausschusses Personal zurückgezogen. Der Antrag wurde hinfällig, nachdem der Antrag 05/09 abgelehnt worden ist.
von	260 000 000 DM								
um	100 000 000 DM								
auf	160 000 000 DM								

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
05/11	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<u>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam</u> <u>Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen</u> Änderung der Erläuterungen Satz 2, Nr. 1 der Erläuterungen zu Titel 427 20 wird wie folgt ergänzt: "Veranschlagt sind 1. für die Erteilung von Vertretungsunterricht in allen Schulformen als Ersatz für die entfallene, bisher in den einzelnen Schulkapiteln ausgebrachte Stellenreserve zum Ausgleich <u>insbesondere</u> bei langfristigen Erkrankungen und Mutterschutz 173 100 000 DM	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 05:	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
08/01		Das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr wird gebeten, im März 2000 über die Umsetzung der Organisationsuntersuchung bei dem Geologischen Landesamt Krefeld (Kapitel 08 120) zu berichten.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 08:	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
10/01		Der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" wird gebeten, zusammen mit dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, im März 2000 über die Organisationsuntersuchung im Ministerium zu berichten.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja
10/02	SPD/ CDU/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/ FA	<u>Kapitel 10 260 - Landesforstverwaltung</u> Personalausgaben Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und Nr. 2 werden ersatzlos gestrichen. <u>Votum:</u> einstimmig angenommen SPD Ja CDU Ja Grüne Ja <u>Hinweis:</u> Die kw-Vermerke sind mit der 1. Ergänzungsvorlage der Landesregierung abgesetzt worden. Der Antrag ist insofern gegenstandslos.	entfällt

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
10/03	CDU	Kapitel 10 260 - Landesforstverwaltung Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) Die kw-Vermerke für 24 Stellen des gehobenen Dienste zum 1. Januar 2001 werden gestrichen. Begründung: Im Rahmen der am 1. Oktober 1995 abgeschlossenen Organisationsuntersuchung bei der Landesforstverwaltung (LFV) wurde von der Landesregierung die Zusage gemacht, die Betreuungsarbeit der LFV auf Revierebene zu intensivieren. Mit der Zusage verbunden war die Zielvorgabe an die LFV, landesweit bisher noch nicht betreute Waldflächen zu akquirieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden 36 Stellen des gehobenen Forstdienstes zusätzlich bereitgestellt. Diese Stellen sollten für den Fall erhalten bleiben - d.h. die kw-Vermerke sollten ersatzlos aufgehoben werden, wenn das Akquisitionsziel erreicht wird.	entfällt

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 10/03		Das Akquisitionsziel ist bereits heute übererfüllt. Die kw-Vermerke für die 36 Stellen des gehobenen Forstdienstes sind entsprechend der Zusagen der Landesregierung aufzuheben. Eine Deckung an anderer Stellen ist nicht erforderlich. Die Landesregierung steht im Wort für 24 Stellen. Es wird davon ausgegangen, daß die Landwirtschaftskammern bei den 12 Stellen in ihrem Zuständigkeitsbereich entsprechend verfahren. <u>Hinweis:</u> Die kw-Vermerke sind mit der 1. Ergänzungsvorlage der Landesregierung abgesetzt worden. Der Antrag ist insofern gegenstandslos.	
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 10:	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
		GesamtAbstimmung über den Einzelplan 11:	angenommen
			SPD ja
			CDU nein
			GRÜNE ja

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion					Abstimmungsergebnis im Ausschuß
12/01	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<u>Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Finanzämter</u> <u>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</u>				einstimmig angenommen
		Planstellen Bes. Gr.	Bezeichnung	bisher	±/±	neu
		I.				
		A 10	Steueroberinspektor/-inspektorin	2513	+35	2548
			Regierungsoberinspektor/-inspektorin			
			Forstoberinspektor/-inspektorin			
		A 9	Steueramtsinspektor/-inspektorin	3754	-28	3726
			Betriebsinspektor/-inspektorin			
			davon Amtszulage gem. Fußn. 3 zu Bes.Gr. A 9	1125	-8	1117
		A 8	Steuerhauptsekretär/-sekretärin	1837	-7	1830

SPD ja
CDU ja
GRÜNE ja

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
noch 12/01		2. A 5 Steuerberatermeister/-meisterin 95 + 10 105 A 3 Steuerhauptamtsgehilfe/-gehilfin 32 - 10 22 <u>Begründung:</u> Ad 1: Überleitung der Geschäftsstellenmitarbeiter der großen Finanzämter von Bes.Gr. A 9 mit Amtszulage nach Bes.Gr. A 10. Ad 2: 10 Stellenhebungen im einfachen Dienst um hier eine gewisse Strukturverbesserung zu erreichen. Der Ansatz im Titel ist so bemessen, dass die geringfügigen Mehrausgaben innerhalb des Gesamtansatzes der Personalausgaben des Kapitels darstellbar ist.	

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß												
12/02	CDU	<u>Kapitel 12.050 - Oberfinanzdirektionen und Finanzämter</u> <u>Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)</u> Erhöhung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>34.933.000 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>600.000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>35.533.000 DM</td></tr></table> Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen für Finanzanwärter/Finanzanwärterinnen der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO <table><tr><td>von</td><td>200</td></tr><tr><td>um</td><td>30</td></tr><tr><td>auf</td><td>230</td></tr></table> <u>Begründung:</u> Die Zahl der einzustellenden Anwärter muß zumindest den zu erwartenden Pensionierungen entsprechen.	von	34.933.000 DM	um	600.000 DM	auf	35.533.000 DM	von	200	um	30	auf	230	abgelehnt SPD nein CDU ja GRÜNE nein
von	34.933.000 DM														
um	600.000 DM														
auf	35.533.000 DM														
von	200														
um	30														
auf	230														

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuß
	Gesamtabstimmung über den Einzelplan 12:	angenommen SPD CDU GRÜNE ja nein ja

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 13:	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuß
		angenommen
		SPD ja
		CDU nein
		GRÜNE ja

Gesamtabstimmung über den Einzelplan 14:

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
		GesamtAbstimmung über den Einzelplan 15:	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß
20/01	CDU	Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen. Titel 442 10 - Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze Reduzierung des Ansatzes von 1 000 000 DM um 900 000 DM auf 100 000 DM Begründung: Im Jahr 1998 wurde der Ansatz nur in Höhe von 15 000 DM in Anspruch genommen. Es ist nicht zu erwarten, daß die Unterstützungsleistungen des Landes im Jahr 2000 über 100 000 DM steigen werden.	abgelehnt SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuß												
20/02	CDU	Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen Titel 461 10 - Mittel für Leistungsprämien Reduzierung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>70 000 000 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>29 400 000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>40 600 000 DM</td></tr></table> Begründung: Die für Leistungsprämien im Polizeibereich und Justizvollzugsbereich vorgesehenen Mittel werden im Epl. 03 für Strukturverbesserungen verwendet.	von	70 000 000 DM	um	29 400 000 DM	auf	40 600 000 DM	abgelehnt <table><tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr><tr><td>CDU</td><td>ja</td></tr><tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr></table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein
von	70 000 000 DM														
um	29 400 000 DM														
auf	40 600 000 DM														
SPD	nein														
CDU	ja														
GRÜNE	nein														
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 20:	angenommen <table><tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr><tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr><tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr></table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja						
SPD	ja														
CDU	nein														
GRÜNE	ja														

Gesamter Haushalt

			Abstimmungsergebnis im Ausschuß
		Gesamtabstimmung über den Haushalt:	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja